

Auszug aus der Niederschrift

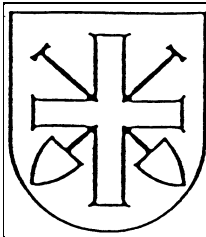
über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am Montag, 6. Februar 2012

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderates vom 23.01.2012
3. Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
"Eine Realschule für Graben-Neudorf"
4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung
5. Verschiedenes
6. Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden

Die näheren Erläuterungen ergeben sich aus den folgenden Sitzungsvorlagen.



Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

06.02.2012

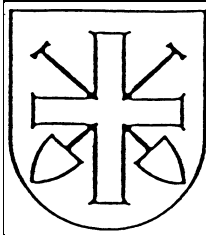
GR - 12/03

022.31

N 1.

Titel; Thema **Bürgerfragestunde**

Keine Anfrage.



Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

06.02.2012

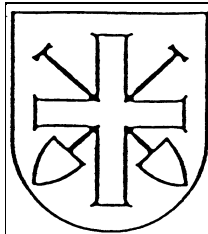
GR - 12/03

022.31

N 2.

Titel; Thema **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderates vom 23.01.2012**

Die Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats vom 23.01.2012 wurde ohne weitere Aussprache einstimmig genehmigt.



Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

06.02.2012

GR - 12/03
221.0-bk
N 3.

Titel; Thema **Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
"Eine Realschule für Graben-Neudorf"**

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2012 den als Anlage beigefügten Antrag „Eine Realschule für Graben-Neudorf“ gestellt und die Behandlung dieses Antrags in einer der nächsten Sitzungen beantragt.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion hat zwischenzeitlich mit Schreiben vom 24.01.2012 die Behandlung dieser Thematik in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung beantragt.

Um Beratung und Entscheidung über die weitere Vorgehensweise wird gebeten.

Anlagen:

- Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion „Eine Realschule für Graben-Neudorf“ vom 23.01.2012
- Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion auf Behandlung des Antrags vom 23.01.2012 in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 06.02.2012

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen

- | | Ja | Nein |
|----|----|---|
| 1. | | Gesamtkosten der Maßnahme |
| 2. | | Finanzierung der Maßnahme |
| | | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
| | | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel) |
| | | c) Fremdmittel/Kreditbedarf |
| 3. | | Folgekosten |
| | | a) einmalig |
| | | b) jährlich |
| 4. | | Veranschlagung bei Haushaltsstelle |
| | | im a) Verwaltungshaushalt 200 |
| | | b) Vermögenshaushalt 200 |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister stellte zu Beginn der Beratung ausdrücklich fest, dass er den Antrag der SPD-Fraktion auf Genehmigung einer Realschule in Form einer Verbundschule mit der Pestalozzi-Werkrealschule unterstützen kann, nachdem die

Gemeinde in rückliegender Zeit immer wieder versucht hat, in Graben-Neudorf die Einrichtung einer Realschule zu erreichen. In seinen Ausführungen wies [Name] auf die zahlreichen mit den Schulbehörden geführten Gespräche hin und deren ablehnende Haltung zur Einführung einer Realschule in Graben-Neudorf. Zwischenzeitlich wird durch die neue Landesregierung jedoch eine andere Schulpolitik betrieben, wonach ‚jede Kommune das Schulangebot erhalten soll, das sie möchte‘. Der Bürgermeister bat die SPD-Fraktion, ihre politischen Verbindungen spielen zu lassen, falls sich der Gemeinderat für den Antrag auf Genehmigung einer Realschule aussprechen sollte. Sofern ein entsprechender Antrag gestellt wird, würde dies nach Mitteilung des Bürgermeisters jedoch auch zwangsläufig bedeuten, dass entsprechende neue Unterrichtsräume zur Verfügung gestellt werden müssten, da die derzeitigen Kapazitäten bei Genehmigung einer Realschule nicht mehr ausreichend wären. Des Weiteren wies [Name] auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Beschlusses der Schulkonferenz zur Einrichtung einer Realschule und die Vorlage eines pädagogischen Konzepts und eines Raum- sowie Finanzierungskonzepts hin, wobei o. g. Unterlagen nachgereicht werden könnten. Der Bürgermeister sprach sich dafür aus, den Antrag der SPD-Fraktion zu unterstützen. Im Laufe der Beratung wies der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion auf den seinerzeitigen Beschluss des Gemeinderats, die Genehmigung einer Realschule zu beantragen, hin und schilderte die bisherigen Bemühungen der Gemeinde auf Genehmigung einer Realschule. [Name] bat die Mitglieder des Gemeinderats, dem Antrag der SPD-Fraktion auf Genehmigung einer Realschule in Form einer Verbundschule mit der Pestalozzi-Werkrealschule zuzustimmen. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde auch von [Name] unterstützt, der feststellte, dass die SPD-Fraktion mit dem erneuten Antrag auf Genehmigung einer Realschule in Form einer Verbundschule ‚bei allen offene Türen einrennt‘ und es interessant sei, wie sich die neue Landesregierung zu einem solchen Antrag stellen wird. [Name] vertrat die Auffassung, dass die Genehmigung einer Realschule nicht realistisch sei und ohne die vorherige Zustimmung der Schulkonferenz kein Antrag gestellt werden sollte. Vielmehr sollte die Einführung einer Gemeinschaftsschule ins Auge gefasst werden, auch wenn dies ein langer Weg werden sollte. [Name] vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass als erster Schritt der Antrag auf Genehmigung einer Realschule getan werden sollte und falls keine Genehmigung erfolgt, als zweiter Schritt der schwerere Weg hin zu einer Gemeinschaftsschule gegangen werden sollte.

Der Gemeinderat sprach sich nach Abschluss der Beratung mehrheitlich für den Antrag der SPD-Fraktion aus, einen Antrag zur Genehmigung einer Realschule in Form einer Verbundschule mit der Pestalozzi-Werkrealschule zu stellen.

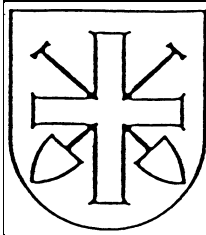
Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 14; Nein-Stimmen 0; Enthaltungen 2;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt:



Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

06.02.2012

GR - 12/03

022.31

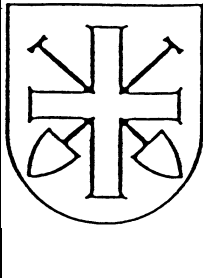
N 4.

Titel; Thema **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung**

Der Bürgermeister gab gem. § 35 GemO folgenden, in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.01.2012 gefassten Beschluss bekannt:

1. Erschließung Baugebiet ‚Mitte Ost IV‘ Beratung über die Vorgehensweise bei der Erschließung

Der Gemeinderat sprach sich einstimmig für die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise zur Erschließung des Baugebiets ‚Mitte Ost IV‘ aus. Des Weiteren wurde das Ing. Büro KUG Ingenieure GmbH & Co KG, Ludwigshafen einstimmig mit der Erschließungsplanung beauftragt.

	<p>Sitzungsvorlage Gemeinderat öffentlich</p>	<p>06.02.2012 GR - 12/03 022.31 N 5.</p>
---	--	---

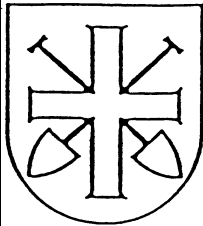
Titel; Thema **Verschiedenes**

a) Eingebrochener Eisläufer im Prestelsee

Der Bürgermeister wies auf einen am Samstag im Prestelsee eingebrochenen Eisläufer hin, der durch Hilfskräfte der Feuerwehr und des DLRG gerettet werden musste und stellte fest, dass zugefrorene Seeflächen mit einem Hinweis-/Warnschild versehen werden, das das Betreten der Eisflächen verbietet. Des Weiteren teilte der Bürgermeister mit, dass die Eiswiese geflutet und für den Eislauf zur Verfügung steht.

**b) Durchführung der ‚Aktion Ferienspaß‘
Personalwechsel**

Der Bürgermeister teilte mit, dass die ‚Aktion Ferienspaß‘, die bisher von Herrn Teubel vom Caritasverband organisiert wurde, künftig von zwei anderen Mitarbeitern des Caritasverbandes durchgeführt wird. Frau Marianne Metzger und Herr Amir Awad werden in diesem Jahr die Ferienspaßaktion organisieren.

	S itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	06.02.2012 GR - 12/03 022.31 N 6.
---	--	---

Titel; Thema **Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden**

**a) Eingebrochener Eisläufer auf dem Prestelsee
Rettungsaktion durch Feuerwehr und DLRG**

[Name] sprach den bei der Rettung des eingebrochenen Eisläufers beteiligten Feuerwehrleuten und den DLRG-Kräften Respekt und Anerkennung aus, da diese unter schwierigsten Bedingungen das Leben des eingebrochenen Eisläufers retten konnten. Das Aufstellen von Warn- bzw. Verbotsschildern an Seeflächen ist nach seiner Ansicht jedoch nicht erforderlich.

Der Bürgermeister wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass das Aufstellen entsprechender Schilder aus haftungsrechtlichen Gründen sinnvoll erscheint. Auch der Bürgermeister dankte den beteiligten Rettungskräften für ihren vorbildlichen Einsatz.

b) Vorbereitungen zu seismischen Messungen durch die Fa. Rhein Petroleum

Unter Hinweis auf eine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt vom 02.02.2012, wonach die Fa. Rhein Petroleum in Graben-Neudorf nunmehr die Vorbereitungen zu seismischen Messungen trifft, wurde aus dem Gemeinderat angefragt, ab welchem Zeitpunkt die eigentlichen seismischen Untersuchungen in Graben-Neudorf durchgeführt werden und wann die von der Firma zugesagte Bürgerinformationsveranstaltung stattfindet. Der Bürgermeister teilte mit, dass ihm derzeit noch kein konkreter Anfangstermin bekannt ist und die Fa. Rhein Petroleum seinerzeit die vorherige Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zugesagt hat. Der Bürgermeister sagte zu, sich mit der Fa. Rhein Petroleum im Hinblick auf die Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung in Verbindung zu setzen. Des Weiteren wurde darum gebeten, die Ansprechpartner der Rhein Petroleum im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen und dafür Sorge zu tragen, dass die in anderen Gemeinden ausgelegten Informationsbroschüren auch im Rathaus Graben-Neudorf ausgelegt werden.